

# Deutschland und deutsche Politik

## im Zeitalter der Globalisierung

von Klaus Hornung

Das Folgende möchte ich als eine Art „Werkstatt-Gespräch“ verstehen, als Versuch einer persönlichen, sicher sehr unvollkommenen Analyse, gewiss nicht als Prophetie, aber als Extrapolierung einiger heute erkennbarer Fakten und „Trends“ in das nächste Jahrhundert hinein. Als Historiker weiß man, dass die Geschichte immer wieder voller überraschender Wendungen und Biegungen ist. Sie gleicht nicht einem mathematischen Strahl, nicht einer auf- oder absteigenden Kurve, sondern mehr den Biegungen und Wendungen eines Flusses. In einer solchen Feststellung liegt ja auch Hoffnung und die Begründung meiner Ansicht, dass Pessimismus und Determinismus nicht die richtige Weise sind, die Zukunft zu betrachten.

### 1. Ein Blick auf die weltpolitische Lage und die Globalisierung

#### nach dem Umbruch von 1989/91

Aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1990/91 sind die USA als die zunächst einzige verbliebene „Supermacht“ hervorgegangen.

Ihre derzeitige Stärke beruht vor allem auf folgenden Faktoren:

- gewaltige Kapitalmacht, Kapitalkonzentration, auch als Depositär der Milliarden Petro-Dollar aus dem Nahen Osten;
- enorme globale Medienmacht über Nachrichtenagenturen, Fernsehen, Traumfabrik von Hollywood etc.;
- in Verbindung damit auch globaler Kultur- und Spracheinfluss, das Pidgin-Englisch überall in der Welt - unsere eigene Sprachkapitulation;
- enormer Vorsprung in der Technologie und ihrer Forschung, vor allem auch in der militärischen Technologie;
- derzeit die einzige Macht, die fähig ist zu weltweiten militärischen Operationen;
- Beherrschung der „Gegenküsten“ in Atlantik und Pazifik seit dem Sieg im 2. Weltkrieg.

Nach der Niederlage der Sowjetunion im Ost-West-Konflikt hatten die Vereinigten Staaten freie Bahn vor allem auch für ihre ökonomische Macht. Das scheint mir der politische Kern der sogenannten Globalisierung zu sein. Das wird Folgen haben für den bisherigen - im Kern „sozialdemokratischen“ - Wohlfahrtsstaat in Europa und gerade auch in Deutschland. In England hatte Margaret Thatcher als erste Folgerungen gezogen aus dem unbezahlbar gewordenen Wohlfahrtsstaat mit ihrer Eindämmung der Gewerkschaftsmacht, der Politik der

Deregulierung, der Wieder-Freisetzung des Marktes, auch für die Dienstleistungen, der Förderung der modernen Technologien etc. Das zielte alles in die prinzipiell richtige Richtung und hat die britische Volkswirtschaft bis heute nachhaltig modernisiert und gestärkt.

Man muss nun aber auch die Kehrseite sehen, das Abrutschen ins andere Extrem: Markt und Wettbewerb entwickelten sich während des zurückliegenden Jahrzehnts zu einem „Orkan“, wie der Siemens-Chef, Herr von Pierer, es nennt. Globalisierung und „Turbokapitalismus“ bringen neue weltweite und tiefgreifende Bedrohungen, man spricht von der „Globalisierungsfalle“. Ich nenne nur einmal einige wenige Punkte dieser Entwicklung:

- Geburtenstagnation in den Industrieländern, Bevölkerungsexplosion in der Dritten Welt, damit droht sich die heutige weltpolitische Balance vielleicht schon mittelfristig zu Ungunsten der „westlichen“ Industrieländer zu verschieben, auch zu Ungunsten der US-Hegemonie;
- im Gefolge Landflucht, Verstädterung, weltweite Migration, Wanderungsbewegungen;
- die technologische Revolution setzt Millionen Arbeitskräfte frei;
- die Multinationalen Konzerne arbeiten nach den Regeln eines extremen Laissez-faire-Kapitalismus, nach der Logik eines globalen Marktes;
- die neuen Medien (Internet, e-Mail etc.) heben das Staatsmonopol auf Information auf;
- das alles hat natürlich Konsequenzen für die politischen Systeme, die staatlichen Machtstrukturen. Es besteht die Gefahr, dass die staatliche Gestaltungsmacht schrumpft angesichts der sogenannten „Sachzwänge“ der Ökonomie; die Politik wird zu einem „Schauspiel der Ohnmacht“, der funktionsfähige Staat und damit die gesellschaftliche Stabilität und demokratische Legitimation wird ge- und zerstört, nicht nur in den labilen Ländern der Dritten Welt, sondern auch zunehmend in den Industriestaaten. Was wir gegenwärtig mit der neuen rotgrünen Bundesregierung erleben, ist nur Symptom einer „globalen“ Entwicklung, die die großen multinationalen Unternehmen, die Kommandohöhen in Konzernen, Banken und Medien zu den eigentlich Mächtigen werden lässt. Es ist nicht Verschwörungstheorie, wenn man die Entwicklung zu einigen hundert Supermächigen in der Welt befürchtet, in den Chefetagen der Multikonzerne, Großbanken, global agierenden Nachrichtenagenturen etc.

Ein zentraler Punkt des globalen Wettbewerbs scheint mir die sich steigernde „Plünderung des Planeten“ (Herbert Gruhl) zu sein, die vielfältige enorme Ressourcenausbeutung und die sie begleitende Umweltzerstörung, die sich nun auch immer mehr auf die Räume der ehemaligen Sowjetunion, Zentralasiens etc. ausdehnt.

Hand in Hand mit dieser turbokapitalistischen Zerstörung der natürlichen Grundlagen unseres Lebens geht auch die Zerstörung unserer historisch-kulturellen Lebensgrundlagen durch eine intellektuelle und moralische Uniformierung, Verödung nach einem amerikanisch-atlantischen Einheitsmodell, das wir bereits in allen Weltregionen vorfinden: Von Houston/Texas sind ja Tokio, Johannesburg, Jakarta, Seoul, Sao Paulo etc. nicht mehr zu

unterscheiden. Und mit der Erosion der pluralen Kulturen der Welt ist auch die geistig-seelische „Innenwelt-Zerstörung“ der Milliarden-Massen der Erde verknüpft.

Zum Thema der „Globalisierungsfalle“, das kritische Ökonomen und Soziologen zeichnen, gehört auch folgendes Zukunftsbild: Um die gewaltige globale Maschine der Produktion aufrechtzuerhalten, sind im Zeichen immer stärkerer Technisierung immer weniger Menschen nötig. Man spricht von der künftigen „Vierfünftel-Gesellschaft“ und meint damit, dass nur noch 20 Prozent der Weltbevölkerung für die Produktion notwendig sind, die „restlichen“ 80 Prozent kaum gebraucht werden. Sie gilt es aber bei Laune zu halten, „stillzustellen“ durch eine riesige Unterhaltungsindustrie im Zeichen des „Tittitainments“ („tits“ ist das Slangwort im Amerikanischen für den weiblichen Busen), gemeint ist damit die schon längst begonnene Mischung von Entertainment und Information (Infotainment), angereichert durch eine sich immer weiter ausbreitende Sexualisierung des Lebens, ausgehend zum Beispiel von der zeitgenössischen Werbung. Das alles löscht bei den Massen nicht nur den Ernst des Politischen, sondern auch jedes Verantwortungsbewusstsein, die gesellschaftliche Solidarität aus, appelliert an die untersten Triebe des Menschen, seinen Egozentrismus, seine „Selbstverwirklichung“. Natürlich befördert das alles auch die Manipulierbarkeit des Menschen in der Massen-, Industrie-, Konsum- und Freizeitgesellschaft (Konrad Lorenz hat bekanntlich die Manipulierbarkeit zu den „acht Todsünden der zivilisierten Menschheit“ gezählt). Dass damit der demokratische Mitwirkungsprozess im Kern getroffen wird, braucht vollends nicht betont zu werden.

## **2. Gegenkräfte und Gegensteuerung**

Dieses eher düstere Bild scheint mir jedoch nicht die ganze Wirklichkeit der Gegenwart und absehbaren Zukunft zu kennzeichnen. Alle Erfahrung der Geschichte, Politik und Ökonomie zeigt nämlich, dass übermächtige Tendenzen wie der derzeitige Globalisierungsprozess und die Hegemonie der USA früher oder später Gegenkräfte auslösen, auf Gegenmacht und Grenzen stoßen. Die Bevölkerungsexplosion in der sogenannten Dritten Welt habe ich bereits erwähnt. Sie wird von einem deutlichen politischen und kulturellen Gegenmacht-Willen ergänzt. Wir sehen ihn in der islamischen Welt mit ihrer über einer Milliarde Menschen von Marokko am Atlantik bis nach Zentral- und Südostasien am Werk, ebenso im Marsch Chinas mit seinen heute wenigstens 1,3 Milliarde Menschen zur Weltmachtposition. Auch das orthodox geprägte Russland wird sich eines Tages wieder hier einreihen.

Der derzeitige Globalisierungsprozess scheint aber auch von innen heraus gefährdet zu sein. Ökonomische Fachleute wie George Soros prognostizieren schwere Krisen, wenn nicht den Zusammenbruch des heutigen Welt-Finanz-Systems, dieses babylonischen Turms der Kreditpyramiden. Die Finanzkrisen der letzten Zeit von Ostasien bis Lateinamerika sind nach Meinung vieler Fachleute nur das Wetterleuchten dazu. Sollte ein solcher weltweiter „Crash“ auch nur zu Wertverlusten von mindestens 50 Prozent führen, müssten tiefgreifende soziale Verwerfungen die Folge sein, auch in der Zitadelle dieses globalen Systems, den USA, wo zum Beispiel die Sozial- und Alterssicherung auf den unsicheren Grundlagen des Shareholder-Values beruhen.

Nach allem was wir erkennen können, wird das 21. Jahrhundert also wohl kaum von einer total globalisierten Welt und von den USA als Dominanz- und Hegemonialmacht bestimmt werden. „Langzeitdenken“ (Eibl-Eibesfeld) wird vielmehr gut daran tun, eher von einem künftigen ökonomischen, machtpolitischen und kulturellen Pluralismus und Regionalismus auszugehen. Und „fortschrittlich“ wäre es demnach, sich darauf einzustellen und dafür zu arbeiten. Weder Globalisierung noch das Gegensteuern im Sinne eines weltpolitischen und

weltkulturellen Pluralismus sind freilich Naturvorgänge, sie werden vielmehr von Menschen entworfen und gehandhabt. Es scheint mir daher die Aufgabe für die Besten auch bei uns in Deutschland zu sein, sich an solcher Steuerung im Sinn einer Renaissance der eigenen kulturellen und geistig-religiösen Wurzeln zu beteiligen. Wer sich heute dem abenteuerlichen Gedanken einer One World, verstanden als kulturellem melting-pot, entgegenstellt, der im Bild eines wahrhaften Turmbaus von Babel die gewachsenen Kulturen, sittlichen Werte, Völker und Staaten zerstört, der handelt fortschrittlich, verantwortungsbewusst, freiheitlich und konservativ zugleich. Natürlich schließt das nicht aus, dass es in Zukunft zahlreiche Formen und Institutionen transstaatlicher „Integration“ geben wird und muss, aber weder wird der Nationalstaat schlechthin von der Globalisierung überholt noch können wir auf einen Pluralismus kultureller und politisch relativ eigenständiger Regionen als Bausteine der Weltpolitik von morgen verzichten - Staaten, Kulturen und Regionen, die dem „Orkan“ des Turbokapitalismus im Interesse wichtigerer Werte als der nur ökonomischen widerstehen können. In der von gewissen mächtigen Interessengruppen des Westens erträumten One World wäre ökonomische und politische Machtausübung bald nicht mehr zu unterscheiden von mafiosen Strukturen, Kriminalität und Terrorismus. Im Sinn des Entstehens von Gegenmacht bedarf es hier bewusster Analyse und Tuns unter den Leitsternen humanen und demokratischen, kulturell und national motivierten und dadurch zukunftssichernden Handelns.

### **3. Die deutsche Lage und Aufgabe**

1945 markiert in unserer Geschichte eine Mega-Katastrophe. Nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Totalitarismus waren wir tatsächlich „im Abgrund“ (Konrad Weißmann). Durch die Chance des Ost-West-Konflikts im Zeichen der Nachkriegsexpansion Stalins gelang es jedoch, einen staatlichen Notbau im Abgrund zu errichten in Gestalt des westdeutschen Teilstaates der Bundesrepublik Deutschland, die sich als Kern- und Treuhandstaat für Gesamtdeutschland verstand: Ausdrücklich formulierte die Präambel des Grundgesetzes die Aufgabe, „die nationale und staatliche Einheit zu wahren“ und wiederherzustellen. Dieser Ansatz war es, der mich damals - als jungen Studenten - zur Unterstützung der Politik Konrad Adenauers veranlasste. Es ging 1949 darum, dass dieser westdeutsche Teilstaat wieder bündnis- und damit politikfähig wurde und den Weg fand zur baldigen internationalen Gleichberechtigung. Das Gegenkonzept - die Neutralisierung und „Blockfreiheit“ Gesamtdeutschlands - hätte früher oder später zur Sowjetisierung geführt, auch des freien westlichen Teiles.

Allerdings waren auch die Gegenkräfte von Anfang an stark: Die Ohne-mich-Bewegung, die Kräfte, die die „Westoption“ ablehnten und für gesamtdeutsche Neutralität eintraten, der Fundamentalpazifismus insgesamt, der die deutsche Geschichte nach 1945 begleitet hat im Sinne des Satzes von Gustav Heinemann „Gott hat uns die Waffen aus der Hand geschlagen“, die Hand müsse verdorren, die sie wieder ergreift. Noch in den achtziger Jahren hatten wir eine breite „Friedensbewegung“ gegen die Nachrüstung in Westdeutschland gegen die Bedrohung durch die sowjetischen Fernraketen SS 20.

Wir hatten aber auch ein Gesetz der „ungewollten Wirkungen“ zu verzeichnen, die aus dem - richtigen - NATO-Beitritt hervorgingen: Die Neigung, nun „im Schatten des Großen Bruders“ USA gut zu ruhen, die Tendenz zu einer westdeutschen Schönwetter-Gesellschaft, einem „Staat ohne Ernstfall“ (wie es der konservative Publizist Winfried Martini nannte), der sein Verständnis von Politik halbierte vor allem auf Innen-, Wirtschafts- und Umverteilungspolitik, „Machtvergessenheit“ proklamierte als angeblich allein richtiger Konsequenz aus der vorherigen „Machtversessenheit“ der Zeit Hitlers (Hans-Peter Schwarz).

Die Zeichnung der derzeitigen Lage der Deutschen, die gerade der polnische Schriftsteller Andrzej Szczypiorski in der „Welt am Sonntag“ vorgelegt hat, scheint mir daher Richtiges zu treffen. Er nennt die geistige Verfassung der Deutschen „besorgniserregend“:

- Sie seien mehrheitlich an materieller Sicherheit interessiert: „Haben statt Sein“;
- Das Volk der Dichter und Denker rede fast nur noch von Euro, Zinssätzen, Dividenden, Investitionen - „der Mensch lebt nicht vom Brot allein“;
- das metaphysische Deutschland sei seit 1968 dem Neomarxismus der Frankfurter Schule und dem Historischen Marxismus gewichen;
- auch beim Holocaust-Denkmal wollen die Deutschen wieder mal ganz perfekt sein: „Das größte Mahnmal der Welt“;
- auch gegen die islamische Welt müssen wir bestehen können. Das ist eine ganz neue Herausforderung, der gegenüber wir ratlos, ja wehrlos sind.

Was rät uns statt dessen der kluge Pole? Er macht uns deutlich, dass Vergangenheitsbewältigung auch destruktiv werden kann, wenn sie in Kollektivneurose und Lähmung allen interessengeleiteten Handelns in der Politik abrutscht. Das ist dann das, was Martin Walser als fehlgeleitete Aufklärung durch eine moralistische Geschichtspolitik versteht. Der Präsident Estlands, Lennart Meri, hat ganz in diesem warnenden Sinn von Deutschland als „Canossarepublik“ gesprochen. Szczypiorski warnt auch vor dem Maastricht-Zentralismus und empfiehlt neuen Sauerstoff für Europa durch die Osterweiterung mit seinem neuen frischen Nationalbewusstsein, das dort aus der langen Unterdrückung durch den totalitären Kommunismus entstand und als Gegengift gegen das müde und materialistisch gewordene Westeuropa wirken kann.

Wenn Josef Fischer kürzlich in der FAZ „Auschwitz und nur Auschwitz“ als eine Art Gründungsmythos empfohlen hat für die deutsche Republik, so verstehe ich unter „Berliner Republik“ ganz dezidiert gerade die Überwindung des Geschichtsverlusts, der halbierten Politik und des damit zusammenhängenden politischen Realitätsverlusts, dem heute noch viele unserer Mitbürger unterliegen. Es geht um unsere Rückkehr in die volle Verantwortung in Politik und Geschichte, es geht darum, unser deutsches Haus zwischen Rhein und Oder wetterfest zu machen für die Zukunft, und dies nicht nur ökonomisch, sondern auch kulturell, geistig, sittlich. Dazu reicht Politik als Show nicht aus, wie sie uns jetzt von Rotgrün vorgeführt wird. Wir müssen herauskommen, Politik fast spielerisch zu betrachten, als kurzfristiges Infotainment als welches sie uns Gerhard Schröder zum Beispiel vorführt. Wir brauchen bei einer zureichenden Zahl von Menschen, vor allem bei den funktionalen Eliten in Parteien, Staat, Wirtschaft, Medien die Fähigkeit zu einer langfristigen Anlage von Politik und eine Berücksichtigung auch unserer nationalen Interessen. Solche Langfristigkeit setzt voraus ein wertgebundenes Denken, das seine besten Kräfte aus Geschichte und Tradition und den religiösen Wurzeln der menschlichen Existenz gewinnt. Das alles ist dann nicht reaktionär und fossil, wie uns heute viele weismachen wollen, sondern es ist fortschrittlich „in Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert“.

Dass wir als Freiheitlich-Konservative mit solchen Positionen und Überzeugungen nicht „Ewiggestrige“ sind, sondern „an der Spitze des Fortschritts marschieren“, sollen abschließend einige Zitate deutlich machen.

## Wegweisungen

Zunächst Botho Strauß, der uns in seinem Essay „Anschwellender Bocksgesang“ (1994) eine wichtige Wegweisung gibt:

„Dass es so nicht weitergehen kann, haben zuerst die Ökologen eindrucksvoll hervorgerufen und es mit einigem Erfolg uns ins Bewusstsein geschärft. Das Limitdiktum ließe sich übersetzen ins Politische, ins Sittliche und gewiss auch ins Sozialökonomische. Die Grenzen der Freiheit scheinen im Angerichteten deutlich hervorzutreten.“

Er meint damit, dass unsere Überdehnung der Freiheit und der materiellen Ansprüche schon längst an ihre Grenzen gestoßen sind und beides, Freiheit und Wohlstand, ruinieren. Und er gibt Leitlinien zur Medienpolitik, wenn er sich gegen das „Geschwätz unserer TV- und Infotainment-Zivilisation“ wendet, der gegenüber er „Schutzzonen der Sprache“ fordert und eine neue Pflege der geistigen und kulturellen Überlieferung statt unserer „hybriden Überschätzung von Zeitgenossenschaft“ und der „politisierten Unwissenheit unserer für ein bis zwei Generationen zugestopften Erziehungs- und Bildungsstätten“, diesen „Horsten finsterster Aufklärung“. Und Strauß wendet sich auch gegen unsere „zu frühe leichtgemachte Emanzipation“ mit ihrer herren- und widerstandslosen Erziehung, die für niemand gut ist, sondern zur „Vermehrung der Gleichgültigkeit und Indoktrinierbarkeit“ des Menschen führt (von der auch Konrad Lorenz spricht).

Der Erlanger Philosoph Wilhelm Kamlah hat schon früh in seiner Schrift „Probleme einer nationalen Selbstbesinnung“ (1964) gesagt: „Niemand nimmt uns die Bürde ab, dass wir trotz allem immer noch Deutsche sind, dass zumal unsere Nachbarn uns nach wie vor als ‘die Deutschen’ sehen, nicht als ein vom Himmel gefallenes Häuflein chemisch reiner Weltbürger. Unsere Nachbarn treten als Nationen in die neuen umfassenderen Verbindungen ein und erwarten von uns gar nichts anderes. Das Übernationale setzt das Nationale voraus, und auch wir kommen um diese Voraussetzung nicht herum“.

Und schließlich noch zwei Kollegen, Professoren der Politikwissenschaft. Günter Behrmann, Universität Osnabrück: „Jede staatliche Verfassung setzt die Existenz eines Staates, d. h. ein Staatsgebiet und -volk voraus. Das gilt auch, ja in besonderem Maße für demokratische Verfassungen. Es gibt keine Demokratie ohne einen Demos, keine Volkssouveränität ohne ein Volk, das sich - wie auch immer - als Einheit versteht und von anderen Völkern abgrenzt. Ein Patriotismus, der nur auf die Verfassung und nicht zugleich auf Land und Volk bezogen ist, hängt in der Luft.“

Prof. Ulrich Sarcinelli, Universität Kiel: „Aus politischen und pädagogischen Gründen ist vor einem Verfassungspatriotismus zu warnen, der sich ausschließlich aus universalistischen Prinzipien speist. Ein solcher Verfassungspatriotismus wäre nicht mehr als eine freischwebende öffentliche Tugend, eine Wunschbildtheorie. Einstweilen und auf nicht absehbare Zukunft bleibt der Staat, genauer der Nationalstaat mit seinen Institutionen, elementare Voraussetzung für die Gewährleistung von Freiheit.“

(Leicht überarbeitete Fassung eines Vortrags bei der Mitgliederversammlung der SWG am 7. März 1999 in Hannover)

## Literatur

Klaus Hornung: Das totalitäre Zeitalter. Bilanz des 20. Jahrhunderts, 2. Auflage Paperback 1997

Paul Kennedy: In Vorbereitung auf das 20. Jahrhundert, Frankfurt 1997

Konrad Lorenz: Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit, München 1973 (Serie Piper Bd. 50, viele Auflagen)

Hans-Peter Martin/Harald Schumann: Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, 8. Auflage Reinbek 1996

Botho Strauß: Anschwellender Bocksgesang. Zuerst Spiegel-Essay Februar 1994 sowie in: Heimo Schwilk/Ulrich Schacht (Hrsg.): Die selbstbewusste Nation, Frankfurt/Main - Berlin 1994, S. 19 ff.

George Soros: Die Krise des globalen Kapitalismus; Alexander Fest Verlag, ohne Ort und Jahr (1998)

Wilhelm Kamlah: Probleme einer nationalen Selbstbesinnung, 1964

Günter C. Behrmann: Verfassung, Volk und Vaterland. Zur historischen, pädagogischen und politisch-kulturellen Verortung des Verfassungspatriotismus, in Günter C. Behrmann/Siegfried Schiele (Hrsg.): Verfassungspatriotismus als Ziel politischer Bildung? Schwalbach/Taunus 1993, S. 5 ff.

Ulrich Sarcinelli: Verfassungspatriotismus und politische Bildung oder: Nachdenken über das, was demokratische Gemeinwesen zusammenhält; ebd. S. 55 ff.

Klaus Hornung: Weltpolitischer Umbruch und politdidaktische Konsequenzen; ebd. S. 208 ff.